

FBP-TERMINE

Gamprin-Bendern: Nomination des Vorsteherkandidaten

GAMPRIN-BENDERN – Der Ortsgruppenvorstand der FBP Gamprin-Bendern lädt alle Interessierten herzlich zur Nomination des Vorsteherkandidaten für die FBP in Gamprin-Bendern ein. Die Versammlung findet morgen Sonntag, den 20. Juni, um 18 Uhr im Restaurant Löwen in Bendern statt.
FBP Gamprin-Bendern

Buurabrunch im Riethof

SCHAAN – Die Junge FBP organisiert am Sonntag, den 27. Juni, von 9 bis zirka 14 Uhr den zweiten Buurabrunch im Riethof zwischen Schaan und Bendern. Eingeladen sind alle Freunde der FBP, also, liebe Landtags- und Gemeinderats-Fraktionen, Vorsteher, Präsidiumsmitglieder, Obleute und alle anderen FBP-Vertreter und -Freunde, schnappt eure Familien, Freunde und Bekannten und meldet euch an (bis spätestens 21. Juni) unter p.seger@jfbp.li oder im FBP-Sekretariat (Tel. 237 79 40). Wie im letzten Jahr gibt es ein herrliches Brunch-Buffet à discretion und eine interessante Betriebsführung. Neu wird es auch ein lustiges Kuhlotto mit tollen Preisen geben. Erwachsene zahlen dieses Jahr 25 Franken, Jugendliche von 10 bis 16 Jahren 14 Franken und Kinder bis 10 Jahre müssen nichts bezahlen. Bei schlechter Witterung findet der Buurabrunch am Sonntag, den 4. Juli, statt – die angemeldeten Personen werden am 24. Juni kontaktiert, falls der Brunch verschoben wird. Wir freuen uns auf eure zahlreichen Anmeldungen! Junge FBP



Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Tel.: 237 79 40, Fax: 237 79 49
www.fbp.li

**WM-Grillplausch der FBP Mauren-Sachauwald**

MAUREN-SCHAANWALD – Auch die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald ist vom Fussballfieber erfasst worden. Deshalb veranstaltete sie gestern beim Weiherring in Mauren einen WM-Grillplausch. Der Abend begann um 19 Uhr mit gemütlichem Beisammensein und dem Grillplausch. Hierfür stellte der Verein B1 seine Infrastruktur des WM-Zeltes zur Verfügung. Um 20.30 Uhr dann der Höhepunkt, das WM-Spiel England gegen Algerien, das auf verschiedenen Bildschirmen mitverfolgt werden konnte.

STANDPUNKT VON FBP-PRÄSIDENT ALEXANDER BATLINER

«Führungsverantwortung sieht anders aus»

Das Jahr 2010 ist heute 170 Tage alt. Gestützt auf das Budget 2010 hat unser Land in der Zeitspanne vom 1. Januar 2010 bis heute einen Vermögensabbau von rund 85 Millionen Franken zu verzeichnen. Eine sehr hohe Zahl, die sich täglich um eine weitere halbe Million erhöht. Am Montag werden es schon 86 Mio. Franken sein. Diese Zahlen zur aktuellen Situation des Landeshaushaltes unterstreichen die Dringlichkeit, mit welcher sich der Regierungschef diesem Abbau von Volksvermögen annehmen und einer Lösung zuführen muss.

Klaus Tschüscher versucht die Sparmassnahmen hinauszuzögern

Die FBP verfolgt den gegenwärtigen Vermögensabbau des Staates mit grösster Sorge und deshalb ist es keine Frage, dass die FBP zur Sanierung des Staatshaushaltes Hand reichen wird. Die FBP fühlt sich auch dem Koalitionsvertrag inhaltlich wie zeitlich verpflichtet. In diesem kann nachgelesen werden, dass die «Sicherung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes (Laufende Rechnung) durch eine nachhaltige Anpassung des Niveaus der laufenden Aufwendungen an die veränderten einnahmenseitigen Rahmenbedingungen» eine Kernaufgabe während dieser Mandatsperiode sein soll. Das ist auch vernünftig, da ein weiterer Vermögensabbau beim Staat unter allen Umständen zu vermeiden ist. Dieser kann jedoch nur verhindert werden, wenn die Anstrengungen und Massnahmen, den Staatshaushalt auszugleichen, sofort angegangen und umgesetzt werden.

Letzte Woche präsentierte der Regierungschef den Bericht zum Massnahmenpaket zur Sanierung

des Landeshaushaltes. Die Hoffnung meinerseits war gross, dass damit der Landtag im Juni nun endlich konkrete Gesetzesänderungen verabschieden kann, mit welchen die Sanierung des Staatshaushaltes umgesetzt werden. Meine Enttäuschung war umso grösser, als ich feststellen musste, dass der Regierungschef dem Landtag keine einzige Gesetzesänderung diesbezüglich unterbreitet. Obwohl der Vermögensabbau dieses Jahr bereits rund 85 Mio. Franken beträgt, sieht der Regierungschef keine Veranlassung, diese Problematik einer raschen Lösung zuzuführen.

Leider ist das Gegenteil der Fall. Der Regierungschef versucht unter allen Umständen, das Inkrafttreten der Sparmassnahmen hinauszuzögern. Beinahe alle fünf Sparvorschläge sollen im Jahr 2012 in Kraft treten, somit nach den Wahlen 2013 erstmals wirksam werden und spätestens erst im Jahr 2015 vollumfänglich zu Buche schlagen. So beispielsweise die Abschaffung der Nichtbetriebsunfallversicherung (NBU). Natürlich freue ich mich darüber, dass die Vaterländische Union in dieser Sache ihren Fehler von vor sechs Jahren, als sie die Abschaffung der NBU mit der Unterstützung des Referendums erfolgreich bekämpfte, einsieht und nun selbst die Streichung der NBU vorschlägt. Im Bericht ist jedoch zu lesen: «Der Hohe Landtag wolle die Regierung beauftragen, eine Gesetzesvorlage zur Abschaffung der Subvention der Nichtbetriebsunfallversicherung mit Wirkung ab 2012 vorzulegen.» Weshalb soll der Landtag die Regierung damit beauftragen? Weshalb erst mit Wirkung 2012? Weshalb schlägt der Regierungschef nicht jetzt mit einer Gesetzesänderung die Abschaffung der NBU vor? Der Bericht und Antrag zur Abschaffung der NBU wurde bereits vor sieben Jahren erstmals erstellt, wäre also fertig, könnte dem Landtag vorgelegt wer-

den und auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten. Rund 12 Mio. Franken wären alleine bei dieser Thematik mit schnellerem, verantwortungsvollem Handeln des Regierungschefs zu sparen. Wenn der Regierungschef die Abschaffung der NBU befürwortet, dann gibt es keinen Grund und keine Notwendigkeit, sie ein weiteres Jahr zu verschieben. Hätte die VU vor sechs Jahren die Abschaffung der NBU unterstützt, hätten bis zum heutigen Tag rund 70 Mio. Franken eingespart werden können – beinahe die Hälfte des budgetierten Vermögensabbaus des Jahres 2010.

Auch die anderen Sparmassnahmen, die der Regierungschef dem Landtag zur Diskussion stellt, beinhalten keine konkreten Gesetzesänderungen. Im Gegenteil: Alle vier weiteren Anträge beginnen mit den Worten: «der Hohe Landtag wolle die Regierung beauftragen ...» und sie gehen mehrheitlich von der Zeitachse 2012 – 2015 aus. Die Taktik dahinter ist leicht zu durchschauen. Der Regierungschef will sich hinter dem Landtag verstecken, vor den nächsten Landtagwahlen keine negativen Massnahmen wirksam werden lassen und dafür nimmt er – bei gleichbleibenden Budgetzahlen – einen weiteren Abbau an Volksvermögen von rund 400 Mio. Franken in Kauf. Führungsverantwortung sieht anders aus.

Die FBP erwartet, dass die Sparmassnahmen nächstes Jahr in Kraft treten

Die FBP ging bisher davon aus, dass der Koalitionsvertrag nicht nur inhaltlich Gültigkeit hat, sondern die definierten Inhalte in der vorgegebenen Zeitachse der Mandatspe-



«Es ist keine Frage, dass die FBP zur Sanierung des Staatshaushaltes Hand reichen wird», sagt FBP-Präsident Batliner.

riode 2009 – 2013 umzusetzen sind. Mit der zeitlichen Verzögerung der konkreten Umsetzung der Sparmassnahmen verletzt der Regierungschef den Koalitionsvertrag. Die FBP erwartet, dass die notwendigen Gesetzesänderungen für die Sparmassnahmen in diesem und spätestens nächstes Jahr in den Landtag kommen und in Kraft treten. Alles andere ist ein aus parteipolitischen Gründen praktizierter Abbau von Volksvermögen im dreistelligen Millionebereich.

Alexander Batliner,
FBP-Präsident

STELLUNGNAHME DER FBP-FRAKTION IM VADUZER GEMEINDERAT

Bedenkliches Jammern ohne Ende und Substanz

Es war nicht anders zu erwarten. Obwohl der Vaduzer Gemeinderat die äusserst erfreuliche Jahresrechnung 2009 einstimmig verabschiedete, wird nun seitens der VU-Gemeinderatsfraktion in den Medien im Nachhinein krampfhaft alles schlecht geredet. Es werden Ängste geschürt und letztlich absolut niveaulos Bürgermeister Ewald Ospelt diskreditiert.

Beinahe alle Gemeinden sind von ähnlichen Steigerungsraten betroffen

Es muss auf der vielbejammerten Aufwandseite auch einmal klar festgehalten werden, dass gesetzlich oder vertraglich festgelegte Beiträge wie z.B. an Primarschullehrer und Kindergärtnerinnen, Alters- und Pflegeheime, Familienhilfe, Wirtschaftliche Hilfe an Bedürftige etc. innerhalb eines Jahres um sage und schreibe 25,1 Prozent auf 7,23 Mio. Franken gestiegen sind.

Von ähnlichen Steigerungsraten sind beinahe alle Gemeinden gleichermassen betroffen. Auch die vom Gemeinderat beschlossenen Förderbeiträge für Fotovoltaik- und Solaranlagen etc. trugen im vergangenen Jahr zu einem Aufwandswachstum auf nunmehr 561 000 Franken oder ein sattes Plus von 224 Prozent zum Vorjahr bei. Gerne weisen wir bei dieser Gelegenheit mit einem Schmunzeln darauf hin, dass zudem sämtliche Personalentscheidungen seit 2007 im Gemeinderat einstimmig oder grossmehrheitlich beschlossen und somit auch von den VU-Vertretern in der Personalkommission und im Gemeinderat getragen wurden.

Bürgermeister Ewald Ospelt, alle Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und die FBP-Gemeinderatsfraktion erkennen sehr wohl die Zeichen der Zeit. Unaufhörliches, mittlerweile peinliches Jammern, Pessimismus auf Biegen und Brechen und ein «zu Tode sparen» sind eindeutig nicht die richtigen Antworten für die Zukunft der Gemeinde Vaduz. Vielmehr soll, wo notwendig und angemessen, ge-

meinsam mit Regierung und Landtag das Aufwandswachstum vernünftig reduziert und vermehrt Synergien und Effizienzsteigerungen angestrebt werden.

Nachhaltige und für unsere Zukunft sinnvolle Investitionen sind jedoch gerade in diesem Umfeld und in Anbetracht der erwähnten finanziellen Reserven zu tätigen. Unser Finanzvermögen ist auch bei sehr konservativer Anlagestrategie den Launen der Börsen ausgesetzt und bei Weitem nicht stabil! Eine Fraktion, die sich der Budgetverantwortung durch ihr ge-

schlossenes «Nein» entzieht, die mit Angst und Schrecken spielt und die ein Sparen ohne Ziel und Ende anstrebt, handelt bestimmt nicht verantwortungsvoll und zukunftsweisend. Diese mittlerweile wahnwitzige Sparwut der «Nein-Sager-Fraktion» entspricht jedenfalls ganz klar nicht dem gesetzlichen Auftrag einer Gemeinde! Wir überlassen das Urteil darüber gerne den mündigen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Für die FBP-Gemeinderatsfraktion, Markus Verling,
Fraktionssprecher

Kennzahlen der Vaduzer Jahresrechnung des Jahres 2009 *

	2009	2008
Ertragsüberschuss	20,9	19,6
Selbstfinanzierungsmittel	38,8	43,8
Investitionen Hoch- und Tiefbau	20,0	28,4
Finanzvermögen	336,3	310,6
Verwaltungsvermögen	52,7	56,1
Eigenkapital inkl. Ertragsüberschuss	375,4	354,5
Selbstfinanzierungsgrad	201 Prozent	177 Prozent
Gemeindesteuerzuschlag	150 Prozent	150 Prozent

* Angaben in Millionen Franken